Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/5032

04. 08. 89

Sachgebiet 751

Antrag

der Abgeordneten Dr. Scheer, Bahr, Fuchs (Verl), Horn, Gansel, Jungmann (Wittmoldt), Dr. Soell, Stobbe, Verheugen, Voigt (Frankfurt), Dr. Ehmke (Bonn), Büchner (Speyer), Dr. Hauchler, Kretkowski, Weiler, Dr. Vogel und der Fraktion der SPD

Einstellung aller Atomwaffenversuche

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich für die Vereinbarung eines zuverlässig verifizierbaren und umfassenden nuklearen Teststopps im Rahmen der Genfer Abrüstungskonferenz zum frühestmöglichen Zeitpunkt einzusetzen.

Der Deutsche Bundestag ist unverändert der Auffassung, daß die einzige Bedingung für den Abschluß eines solchen Abkommens die ausreichende Verifizierbarkeit ist und daß keine zusätzlichen Bedingungen zur Erreichung dieses Zieles gestellt werden dürfen. Der Deutsche Bundestag lehnt es ab, ein umfassendes Verbot von Atomwaffenversuchen von einer vorhergehenden Abschaffung der Atomwaffen abhängig zu machen. Der Teststopp ist ein Schritt zur Kontrolle atomarer Rüstungen, der schon heute möglich ist und dem Priorität gegeben werden muß.

Der Deutsche Bundestag erwartet von der Bundesregierung, daß sie an der eindeutigen Position früherer Bundesregierungen zum Teststopp festhält und diese Position, insbesondere angesichts der seit November 1987 geführten sowjetisch-amerikanischen Verhandlungen, mit Nachdruck vertritt. In diesem Zusammenhang fordern wir die Bundesregierung auf, darauf hinzuwirken, daß auch Großbritannien als einer der drei Signatarstaaten des Atomteststoppvertrags an den Verhandlungen beteiligt ist, weil dadurch die Voraussetzung für einen umfassenden Teststopp geschaffen wird.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, darauf hinzuwirken, daß sich auch die Atomwaffenstaaten Frankreich und China an den Teststoppverhandlungen beteiligen.

Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, die von der UNO-Vollversammlung beschlossenen Bemühungen zu unterstützen, den begrenzten Teststoppvertrag von 1963 auf dem Wege einer sogenannten Amendmentkonferenz der Vertragsstaa-

ten zu einem Vertrag über das vollständige Atomtestverbot auszuweiten. Der Einberufung einer solchen Konferenz haben inzwischen 39 Staaten zugestimmt.

Bonn, den 4. August 1989

Dr. Scheer
Bahr
Fuchs (Verl)
Horn
Gansel
Jungmann (Wittmoldt)
Dr. Soell
Stobbe
Verheugen
Voigt (Frankfurt)
Dr. Ehmke (Bonn)
Büchner (Speyer)
Dr. Hauchler
Kretkowski
Weiler
Dr. Vogel und Fraktion

Begründung

Atomwaffentests sind Teil des widersinnigen Wettrüstens, an dessen Beendigung nicht nur die Menschen in der Bundesrepublik Deutschland ein vitales Interesse haben. Ohne eine vollständige Beendigung der Atomwaffentests würde insbesondere der qualitative Rüstungswettlauf, die Modernisierung und Verfeinerung von Atomwaffen unbehindert fortgesetzt werden können, auch wenn in Rüstungskontrollverhandlungen quantitative Begrenzungen und Reduzierungen vereinbart würden. Ein Teststopp würde diesen Prozeß wesentlich erschweren.

Die auch in der Bundesregierung, zum Teil im Widerspruch zu Aussagen des Bundeskanzlers, vertretene Auffassung, daß Atomtests stattfinden müssen, solange es Atomwaffen gibt, bedeutet eine Absage an das Ziel eines umfassenden Teststopps. Die Bundesregierung ist aufgefordert, sich davon in aller Deutlichkeit zu distanzieren und klarzustellen, daß sie in Kontinuität mit allen vorangegangen Bundesregierungen das Ziel einer vollständigen und kontrollierbaren Beendigung der Atomwaffenversuche verfolgt. Dazu wird es notwendig sein, nicht nur in Worten und bei Begegnungen mit den politischen Führungen von Staaten des Warschauer Vertrags Erklärungen in dieser Richtung abzugeben, sondern auch in der politischen Praxis durch ständiges Drängen innerhalb unseres Bündnisses und gegenüber den Atommächten des Westens auf dieses Ziel hinzuarbeiten.

Der Bundeskanzler ist aufgefordert, in seinen direkten Gesprächen auch mit der amerikanischen Administration auf die Dringlichkeit einer solchen Vereinbarung hinzuweisen. Die Situation dafür ist günstig, weil die Frage der Kontrolle eines umfassenden Teststoppvertrags heute im Unterschied zu den vergangenen Jahren aufgrund verbesserter technischer Mittel und einer veränderten politischen Bereitschaft der Sowjetunion lösbar ist. Es wäre unakzeptabel, wenn nicht etwa die andere Seite, sondern der Westen selbst es wäre, der die heute bestehenden Chancen zur Beendigung des qualitativen Rüstungswettlaufs ungenutzt ließe.

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333